



---

# Pressemitteilung

Bonn, 02. Juni 2010  
PM 06/2010

## **GWK beschließt den Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“**

Bund und Länder haben in der GWK-Sitzung am 28. Mai 2010 den von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen" vereinbart.

Für die Finanzierung des Wettbewerbs stellt der Bund 2010 bis 2018 insgesamt 250 Mio. Euro zur Verfügung, und die Länder stellen die Gesamtfinanzierung sicher.

Mit dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ setzen Bund und Länder ein klares Signal zur Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und ermuntern Hochschulen zur Profilbildung auch im lebenslangen wissenschaftlichen Lernen und beim berufsbegleitenden Studium. Unter diesem Leitmotiv des lebenslangen wissenschaftlichen Lernens erhalten Hochschulen, die sich in einem wettbewerblichen Verfahren mit innovativen und nachfrageorientierten Konzepten durchsetzen, eine Anschubfinanzierung für den Auf- und Ausbau von Studienangeboten.

Die Hochschulen sind nun aufgefordert, passgenaue Angebote wissenschaftlicher Weiterbildung, insbesondere auch für neue Zielgruppen, wie beruflich Qualifizierte, zu entwickeln.

Mit dem Wettbewerb setzen Bund und Länder Anreize für:

- die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung
- die Aktivierung und Sicherung des Fachkräfteangebots
- die Etablierung von stabilen "Lifelong-learning-Strukturen"
- die nachhaltige Implementierung vorbildlicher Weiterbildungsangebote
- die Profilierung der Hochschulen auch in der wissenschaftlichen Weiterbildung
- die Stärkung der Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen Unternehmen etc. vor allem in der Region.

Die Ausschreibung des Wettbewerbs erfolgt im Sommer 2010 und erste Projektbewilligungen können schon Ende des Jahres 2010 vorliegen.

Mit diesem Wettbewerb hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) einen weiteren Baustein zur Erreichung des Ziels, bis 2015 einen Anteil von 10% des BIP für Bildung und Forschung auszugeben, verabschiedet. Die Regierungschefs von Bund und Ländern werden am 10. Juni 2010 über eine angemessene Lösung zur gemeinschaftlichen finanziellen Absicherung dieses Ziels beraten.